

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 11.09.2008
Sitzung Nummer:	56 (KVPA/56)
Sitzungsdauer:	15:32 - 17:31 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Jörg Hellmuth
Vorsitzende/r

Gabriela Grimm
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Jörg Hellmuth

Mitglieder

Ralf Berlin

(beratendes Mitglied)

Dr. Rudolf Opitz

(in Vertretung für Herrn Kühnel)

Wolfgang Peller

Günter Rettig

Gerd Schlaak

(bis 16.40 Uhr)

Eduard Stapel

Eike Trumpf

(ab 15.44 Uhr)

von der Verwaltung

Annemarie Theil

1. Beigeordnete

Heinz-Jürgen Twartz

2. Beigeordneter

Riccardo Ulbrich

SB Planung, Organisation und Finanzierung des ÖPNV
(zeitweise)

Abwesend:

Mitglieder

Wolfgang Kühnel

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
- 3 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 55. Sitzung des KVPA am 03.07.2008
- 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 55. Sitzung vom 03.07.2008
- 5 Entlastung des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Stendal für den Jahresabschluss 2007 (§ 26 Abs. 5 Sparkassengesetz)
Vorlage: 422
- 6 EU-Schulbauförderung in Sachsen-Anhalt 2007 - 2013, Prioritätenliste Landkreis Stendal
Vorlage: 423

- 7 Beschluss der Prioritätenliste zur Förderung kommunaler Straßenbauvorhaben nach § 3 des Entflechtungsgesetzes
Vorlage: 419
 - 8 1. Änderungssatzung zur Satzung für die Erhebung eines Kostenersatzes für Dienst-, Sach- und Prüfleistungen der Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ) sowie für Leistungen der Einheiten für besondere Einsätze "Feuerwehrbereitschaft" des Landkreises Stenal (Kostensatzung Brandschutz/Hilfeleistung) vom 24.11.2005
Vorlage: 413
 - 9 Produktives Lernen an der Sekundarschule Comenius Stendal - Ganztagschule - Blumenthalstraße 40
Vorlage: 428
 - 10 Genehmigungserteilung Notfallrettung und qualifizierter Krankentransport 2009 - 2014
Vorlage: 427
 - 11 Nahverkehrsplan 2009 - 2014
Vorlage: 424
 - 12 I. und II. Berichterstattung zur Budget-Entwicklung (Stand 31.07.2008)
Vorlage: 425
 - 13 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Landrat, Herr Hellmuth, eröffnet 15.32 Uhr die 56. Sitzung des KVPA und begrüßt die Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Der Landrat stellt fest:

- die Ladung zur KVPA-Sitzung erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 28. August 2008,
- der KVPA ist beschlussfähig; es sind 7 Mitglieder des KVPA anwesend (siehe Seite 1 Anwesenheitsliste),
- die übergebene veränderte Tagesordnung mit dem Zusatz im öffentlichen Teil der Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 55. Sitzung des KVPA am 03.07.2008 und den Zusätzen im nichtöffentlichen Teil – Drucksachen Nr. 430 und 431).

zu TOP 3 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 55. Sitzung des KVPA am 03.07.2008

Der Landrat gibt den in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss der 55. Sitzung des KVPA am 3. Juli 2008 (DS-Nr. 416) bekannt.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 55. Sitzung vom 03.07.2008

Es bestehen keine Einwende zur Niederschrift; der Landrat stellt sodann den öffentlichen Teil der Niederschrift der 55. Sitzung des KVPA vom 03. 07. 2008 fest.

**zu TOP 5 Entlastung des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Stendal für den Jahresabschluss 2007 (§ 26 Abs. 5 Sparkassengesetz)
Vorlage: 422**

Der Landrat bemerkt einleitend, dass es auch 2007 der Kreissparkasse Stendal gelungen ist, einen hervorragenden Jahresabschluss vorzulegen, und dass immer unter dem Spiegelbild der Region die wirtschaftliche Entwicklung betreffend.

Er bittet den Vorstandsvorsitzenden der Kreissparkasse Stendal, Herrn Burmeister, einige Eckpunkte und Besonderheiten des Jahresabschlusses bzw. des Geschäftsjahres 2007 vorzustellen sowie einige Informationen zu den aktuellen Problemen im Bankenbereich zu geben.

Durch Herrn Burmeister erfolgt nun ein ausführlicher Überblick über den Jahresabschluss 2007 der Kreissparkasse Stendal. Des weiteren gibt er einen Bericht über das aktuelle Jahr, welches sich im Geschäftslauf schwierig darstellt. Er informiert über die Bankenkrise und beantwortet die ihm gestellten Fragen.

Der KVPA leitet die Vorlage Drucksache Nr. 422 einstimmig an den Kreistag weiter.

**zu TOP 6 EU-Schulbauförderung in Sachsen-Anhalt 2007 - 2013, Prioritätenliste Landkreis Stendal
Vorlage: 423**

Der Landrat bemerkt, dass die Thematik im Fachausschuss sehr intensiv beraten und diskutiert worden ist. Es konnte eine tragfähige Lösung gefunden werden. Die große Frage ist, wie viel Prioritäten außer den ersten beiden in der Rangfolge zum Tragen kommen? In der vorigen Woche hatten wir im Landräteseminar den Kultusminister zu Gast und haben versucht, näheres zu erfahren. Es ist auch noch einmal die Frage der Deckelung zur Sprache gebracht worden. Das wird momentan nicht so positiv gesehen bzw. in der Arbeitsebene abgelehnt. Wir müssen jetzt sehen, inwieweit wir für unsere beiden kreislichen Vorhaben eine Förderung erhalten. Insbesondere für Havelberg ist ja eine relativ hohe Summe geplant, weil es auch ein besonderes Projekt ist. Hier müssen wir insgesamt wenigstens 5 Mio. € erhalten, um zu Rande zu kommen. Der Minister hat gesagt, er kann sich nicht vorstellen, dass Maßnahmen über 3 oder 4 Mio. € gehen.

Herr Berlin erklärt, dass sich seine Fraktion mit dieser Liste nicht einverstanden erklären kann. Wir hätten gut daran getan, wenn wir die Reihenfolge der Grundschulen nach den Ist-Schülerzahlen, wie sie von der Verwaltung vorgelegt worden ist, genommen hätten. Der Vorstoß unsererseits, gerade die kleineren Dörfer im ländlichen Bereich vorzubringen, war auch nicht gewollt. Es gibt keine Begründung, wie die Liste überhaupt zustande gekommen ist. Von unserer Seite war keiner bei der Erstellung mit dabei. Sie wurde vom Schulausschuss in einer gesonderten Sitzung beraten und festgelegt. Den Vorwurf, den die Schulausschussvorsitzende im nichtöffentlichen Teil im Ausschuss auf Nachfrage von Herrn Dr. Kühn geäußert hat, dass die Turnhalle in Schinne in 18 Jahren durchaus schon hätte gebaut sein können, fand ich ein bisschen arrogant und frech. Dies habe ich im letzten Schulausschuss auch kund getan und darum gebeten, dass es in der Niederschrift protokolliert wird. Ich habe auch keine Bedenken, das im Kreistag zu sagen. Von 19 Anträgen der Grundschulen sind 9 Turnhallensanierungen enthalten. Das hat sich Frau Braun vielleicht gar nicht angesehen. Es geht nicht darum, Schinne auf Platz 3 zu setzen. Wie die Reihenfolge stattfindet, entscheiden nachher sowieso andere. Ich hoffe, dass das Landesverwaltungsamt sich die Schulen auch wirklich ansieht, was baulich zu machen ist. Keine Schule hat bisher irgendwo die Hände in den Schoß gelegt. Es gibt immer Gründe zu sagen, die oder die Schule steht vor oder haben schon Gelder erhalten. Deswegen fanden wir es besser, die Liste der Verwaltung zu nehmen. Die wäre reeller gewesen. Da sehen wir die Zahlen schwarz auf weiß. Aber leider sind wir damit im Schulausschuss nicht durchgekommen. Wir werden es wahrscheinlich im Kreistag noch einmal beantragen. Mit der hier vorgelegten Prioritätenliste gibt es mehr Missstimmung.

Der Landrat meint, dass immer gesagt wurde, auch hier im Ausschuss, die beiden Sekundarschulen Havelberg und Osterburg auf Platzziffer 1 und 2 zu setzen. Nach unserer Vorprüfung haben alle ein ordentliches inhaltliches Konzept vorgelegt. Die Verwaltung hat versucht, in die Fachausschüsse den Gedanken der regionalen Ausgewogenheit hineinzubringen. Wenn man sich die Liste anschaut, dann ist das gegeben. Das Ministerium wird

sicherlich von den inhaltlichen Konzepten ausgehen. Das einzig konkrete ist, was der Minister gesagt hat, dass es eine Förderung für Grundschulen mit weniger als 60 Schülern nicht geben wird.

Der KVPA leitet die Vorlage Drucksache Nr. 423, einschließlich der bestätigten Liste des Schul-, Sport- und Kulturausschusses vom 09. 09. 2008, einstimmig an den Kreistag weiter.

zu TOP 7 Beschluss der Prioritätenliste zur Förderung kommunaler Straßenbauvorhaben nach § 3 des Entflechtungsgesetzes
Vorlage: 419

Die Vorlage wird durch den Landrat kurz erläutert.

Einstimmig leitet der KVPA die Vorlage Drucksache Nr. 419 an den Kreistag weiter.

zu TOP 8 1. Änderungssatzung zur Satzung für die Erhebung eines Kostenersatzes für Dienst-, Sach- und Prüfleistungen der Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ) sowie für Leistungen der Einheiten für besondere Einsätze "Feuerwehrebereitschaft" des Landkreises Stenal (Kostensatzung Brandschutz/Hilfeleistung) vom 24.11.2005
Vorlage: 413

Durch den Landrat wird die Vorlage kurz erläutert.

Wortmeldungen bestehen keine.

Die Vorlage Drucksache Nr. 413 wird einstimmig an den Kreistag weitergeleitet.

zu TOP 9 Produktives Lernen an der Sekundarschule Comenius Stendal - Ganztagschule - Blumenthalstraße 40
Vorlage: 428

Frau Theil erläutert die Vorlage.

Die Vorlage Drucksache Nr. 428 wird einstimmig an den Kreistag weitergeleitet.

zu TOP 10 Genehmigungserteilung Notfallrettung und qualifizierter Krankentransport 2009 - 2014
Vorlage: 427

Der Landrat bemerkt, dass die Thematik mit relativ großer Brisanz vor genau 4 Jahren anstand. Mittlerweile haben wir ein neues Rettungsdienstgesetz. Wir haben versucht, aus den Erfahrungen ein kleines Stück zu lernen. Zur Genehmigungserteilung für die Durchführung der Notfallrettung und qualifizierter Krankentransport 2009 – 2014 hat es gestern eine umfassende Information/Vorstellung im Fachausschuss gegeben.

Die Fragen von Herrn Berlin werden durch den Landrat, Herrn Rettig und Herrn Twartz beantwortet.

Der KVPA nimmt die Mitteilungsvorlage Drucksache Nr. 427 zur Kenntnis und leitet sie an den Kreistag weiter.

zu TOP 11 Nahverkehrsplan 2009 - 2014
Vorlage: 424

Der Landrat erklärt u. a., dass eine zweite Anhörung in dieser Woche in den Fachausschüssen stattgefunden hat. Es gibt inhaltlich zwei große Neuerungen. Das eine betrifft die Planung an sich. Es ist eine grundsätzliche Überarbeitung des Systems erfolgt, damit zukünftig mehr Orte an den ÖPNV angeschlossen werden. Das ursprüngliche stammt noch aus Mitte der 90er Jahre. Es ist immer vervollkommenet worden und hängt mit den Schulschließungen zusammen. Da wir davon ausgehen, dass in den nächsten Jahren keine großen Schulschließungen erfolgen werden, insbesondere bei den Sekundarschulen, haben wir hier eine gewisse Planungssicherheit. Ein weiteres Thema sind die Linienbündel, aber diesmal ein bisschen ausführlicher und konkreter. Auf der Grundlage des

Urteils des Europäischen Gerichtshofes ist die Neuvergabe aller Liniengenehmigungen des straßengebundenen Personennahverkehrs im Landkreis Stendal vorgesehen. Das Genehmigungsverfahren, früher Konzessionsvergabe, steht 2010 an. Hier legen wir jetzt schon die planerischen Grundlagen (Linienbündel). Vorgesehen ist, das sogen. Wittenberger Modell in Anwendung zu bringen. Das muss bei der EU angezeigt werden. Mit dem Wittenberger Modell werden wettbewerbsfähige Bedingungen geschaffen. Wir könnten es theoretisch nach VOL europaweit ausschreiben. Das wäre aber ein Aufwand, der von uns nicht zu beherrschen wäre.

Angekoppelt an die Planung war die Problematik Schulzeitenstaffelung und ein Schwerpunkt in der letzten Anhörung. Es gehört aber eigentlich nicht zum Nahverkehrsplan. Im Sinne der Information wollen wir es dennoch weiterhin behandeln. Aus der formellen Erstellung des Nahverkehrsplanes wollen wir es aber herausnehmen.

Bzgl. der Fragen aus den Fachausschüssen bemerkt der Landrat, dass mit der morgigen Post die Mitglieder des Kreistages den farblichen Ausdruck der drei vom Planungsbüro PTV AG ausgearbeiteten Varianten zur Linienbündelung erhalten. Durch Herrn Bergmann ist in der Fachausschusssitzung am 9. September die Frage gestellt worden, wie die Auftragserteilung erfolgte. Diesbezüglich übergibt der Landrat den Fraktionsvorsitzenden nun die Leistungsbeschreibung/Anforderung zur Angebotsabgabe an die PTV AG.

Der Fachausschuss hat des weiteren eine Aufstellung der geplanten Schulanfangszeiten mit den frühesten Abfahrtszeiten der Schüler gewünscht. Aufgrund der großen Datenmenge benötigt dieses mehr Zeit und wird voraussichtlich innerhalb der nächsten drei Wochen zur Verfügung stehen.

An dieser Stelle stellt der Landrat den zuständigen ÖPNV-Verantwortlichen im Landkreis, Herrn Ulbrich, vor.

Des weiteren erklärt er, dass Ziel sei, noch mit dem alten Kreistag im Mai den Nahverkehrsplan zu beschließen, weil dann Kommunalwahlen sind. Der nächste Höhepunkt ist dann im Sommer 2010 die erstmalige Vergabe der Konzession durch den Landkreis.

Man werde jetzt in die formelle Anhörung der ersten Fassung des Nahverkehrsplanes 2009 – 2014 gehen. Hier können sich die Gemeinden alle noch einmal positionieren und Änderungswünsche vorbringen.

Herr Rettig bittet darum, zukünftig den Sozialausschuss mit in die Beratungsfolge zu integrieren. Der Nahverkehrsplan ist auch für Menschen mit Handicaps wie Senioren und Frauen von Bedeutung. Es spielen dabei Qualitätsparameter wie Barrierefreiheit etc. mit eine Rolle. Der Sozialausschuss würde hier gerne mit dazu beitragen.

Bzgl. der Schulanfangszeiten erklärt Herr Rettig, auch wenn die Problematik nicht in den Nahverkehrsplan mit hinein gehört, so ist es doch ein ganz wichtiges Kriterium als Einsparpotential im Rahmen der Haushaltskonsolidierung. Mir haben die Kollegen aus dem Schulausschuss gesagt, dass dies jedoch zum Teil nicht immer konform mit dem Schulgesetz einhergeht, insbesondere bei den Gymnasien. Das müsste geprüft werden.

Herrn Stapel interessiert, was die Firma für das Konzept erhalten hat?

Der Landrat wird sich noch einmal genau erkunden und informieren.

Herr Stapel bemerkt des weiteren, dass er von dem Konzept ganz schön enttäuscht ist. Bis auf Veränderungen der Busfahrten bzgl. der Schulanfangszeiten sind kaum Hinweise auf politische Veränderungen enthalten. Es wird zwar immer mal wieder erwähnt, dass eine Zusammenarbeit mit der Bahn erfolgen soll, aber am Ende ist in den ganzen Jahren aufgrund von Privatisierung, Börsengang etc. abzusehen, dass es Schritt für Schritt schlechter wird. Ich hätte mir davon wesentlich mehr erwartet.

Der Landrat sagt dazu, dass man in den letzten Jahren, ab 2000 beginnend, schrittweise vom angebotsorientierten ÖPNV abgegangen ist und diesen eingeschränkt hat, weil es nicht mehr zu bezahlen war. Und wenn ich eingangs gesagt habe, wir haben eine völlig neue Planung gemacht und 30 Orte mehr an den ÖPNV angeschlossen, dann sehe ich das schon als einen großen Qualitätssprung.

Für Herrn Stapel ist der Schwerpunkt die Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn. Zwei oder dreimal steht dann formuliert, es „soll“ stattfinden. Letztendlich erfolgt es aber nicht. Wir müssten es fordern.

Herr Ulbrich will kurz zur Thematik Anbindung an die Bahn eingehen. Im Nahverkehrsplan ist eine Abbildung des neuen Liniennetzes enthalten. Da wird ganz deutlich, dass man doch sehr stark jetzt auf die vorhandenen Bahnlinien setzt. Die Vorgaben, wie sie in Anbindung an die Taktzeiten an die Bahn zu erfolgen hat, erfolgen mit der Ausschreibung. Hier werden die Umsteigezeiten festgelegt. Das ist ganz bewusst im Nahverkehrsplan als Rahmenplan so formuliert worden.

Herr Trumpf geht auf die Seite 33 des Nahverkehrsplanes ein. Hier sind 3 Orte der Verwaltungsgemeinschaft Arneburg-Goldbeck aufgeführt, bei denen die Aussagen nicht stimmen. Germerslage liegt direkt an der Buslinie nach Büttnershof. Hier wird auch eine Bushaltestelle vorgehalten. Jedoch ist die Ortslage Kannenberg nicht an das System angebunden. Vielleicht meint man anstatt Germerslage Kannenberg?

Bzgl. des zweiten Ortes Räbel steht die Aussage von Altmark Bus, dass der Ort nicht angefahren werden kann, da kein Buswendeplatz vorhanden ist. Direkt am Ortseingang ist eine große Fläche, die der Gemeinde gehört. Wenn man uns gefragt hätte, hätte man sicherlich schnell aus GVFG-Fördermitteln einen Buswendeplatz gebaut.

Bzgl. des Ortes Rosenhof steht, dass es eine sehr kleine Urlaubssiedlung ist und man zwei Kilometer Fußweg zur Haltestelle in ... hat. Hier ist der Ort leider nicht mit aufgeführt. Auf jeden Fall ist Rosenhof inzwischen keine Urlaubssiedlung mehr. Dort leben inzwischen auch Familien mit Kindern.

Des weiteren verweist Herr Trumpf auf die Seite 54 und meint dazu, dass die Aufteilung der Orte eine interessante Aufteilung seiner Verwaltungsgemeinschaft auf verschiedene Grundzentren sei, was er noch nirgendwo anders wiedergefunden habe.

Frau Theil sagt, dass diesbezüglich noch einmal eine Abstimmung erfolgen muss.

Weitere Wortmeldungen bestehen nicht.

Der KVPA nimmt die Mitteilungsvorlage Drucksache Nr. 424 zur Kenntnis und leitet sie an den Kreistag weiter.

zu TOP 12 I. und II. Berichterstattung zur Budget-Entwicklung (Stand 31.07.2008) **Vorlage: 425**

Der Landrat erklärt, dass die Ergebnisse der I. Berichterstattung mit Stand 30. 04. 2008 in diesem Bericht eingearbeitet sind. Die große Abweichung ist relativ leicht zu erklären bzw. haben wir auch schon vor 3 Wochen in das Haushaltskonsolidierungskonzept einfließen lassen. Es handelt sich dabei um die Kreditproblematik, die wir aufgrund der Finanzprüfung ALS heraus genommen haben. Insgesamt sieht es erfreulich aus und zeigt, dass unser Konsolidierungskonzept nicht aus der Luft gegriffen ist.

Im FHLA werde man die Berichterstattung zur Budget-Entwicklung ausführlich darstellen.

Der KVPA nimmt die Mitteilungsvorlage Drucksache Nr. 425 zur Kenntnis.

zu TOP 13 Anfragen und Hinweise

Herr Rettig spricht die Wahlen 2009 an. Was definitiv feststeht, dass sind die Bundestags- und Europawahlen. Bzgl. der Kommunalwahlen habe ich gelesen, dass die Verwaltungsgemeinschaft Bismark-Kläden am 27. September 2009 den Gemeinderat der Einheitsgemeinde wählen will. In der Verwaltungsgemeinschaft Osterburg hat man sich geeinigt, pro 100 angefangene Einwohner einen Ortschaftsrat zu wählen. Es gibt nun überall Verantwortliche für Wahlen. Und da könnte es völlig unterschiedliche Zeitschienen geben. Er bittet darum, dass man von der Kommunalaufsicht diesbezüglich auf dem Laufenden gehalten wird, um sicher zu gehen, dass diesbezüglich nichts schief läuft.

Herr Dr. Opitz erklärt, dass am 07. 06. 2009 gewählt wird; in den Städten der Stadtrat, in den Gemeinden der Gemeinderat und im Kreis der Kreistag. Und wenn dann ein späterer Wahltermin angesetzt ist, beispielsweise am 27. 09., dann bleiben die Gemeinderäte, die am 07. 06. gewählt werden, Ortschaftsräte.

Herr Rettig sagt, dass er die Information erhalten habe, wenn die Gebietsänderungsverträge unterschrieben und bestätigt sind und trotzdem der Zeitpunkt des Inkrafttretens der 01. 01. 2010 ist, kann man 6 Monate vorher oder spätestens 4 Monate hinterher in den neuen Gremien wählen. Und das wäre dann nicht der 07. 06.

Herr Dr. Opitz verneint dieses; es wird trotzdem am 07. 06. gewählt. Das neue Gremium ist dann eine Neuwahl.

Der Landrat schlägt vor, diesbezüglich an die Verwaltungsgemeinschaften heran zu treten und sie zu bitten, der Verwaltung ihre Termine so bald als möglich mitzuteilen. Von Seiten der Verwaltung werde man dann ständig im Internet das Neueste zur Information bringen.